



Stuttgart, 08. September 2005

Unternehmer formulieren ihre Forderungen an die Bundespolitik

UnternehmensGrün, der Bundesverband der grünen Wirtschaft, befragte rund 2500 Unternehmen, die sich zu nachhaltiger Unternehmensführung bekennen, zu ihren Anforderungen an die zur Bundestagswahl antretenden Parteien:

Dabei steht die Forderung nach Fortführung und Weiterentwicklung einer ökologisch verträglichen und nachhaltigen **Energiepolitik** im Vordergrund. Fast alle Unternehmen wünschen sich das Festhalten am Atomausstieg, die Dezentralisierung der Energieerzeugung als ökologischen Gegenpart zur monopolartigen Marktmacht der Energiekonzerne und die dauerhafte Beibehaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). In diesem Zusammenhang steht die zusätzliche Forderung nach der Verbesserung der Energie-Einspar-Verordnung. Die Finanzierung soll durch den **Subventionsabbau** bei den umweltschädlichen Energieformen im Kohlebergbau, der Landwirtschaft und beim Flugbenzin erfolgen. Obwohl die UnternehmerInnen überwiegend vor dem verheerenden Hurrikan „Katrina“ in den USA und den damit verbundenen Ölpreisschüben antworteten, steht für sie der Abschied von Atomstrom und fossilen Energieträgern (Öl und Kohle) zugunsten von erneuerbaren Energien mit hohem ökologischen Nutzen und der Aussicht auf langfristig sichere Versorgung zu konstanten oder gar fallenden Erzeugerpreisen an erster Stelle der Prioritäten.

Als zweiten Schwerpunkt ihrer Forderungen an die Bundespolitik sehen die UnternehmerInnen die Vereinfachung des **Steuerrechts** und knüpfen damit direkt an die öffentliche Diskussion an. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind durch die komplexen Vorschriften und zahllosen Ausnahmeregelungen überfordert und müssen kostenträchtige Beratungsdienste in Anspruch nehmen.

Sehr kontrovers und uneinheitlich ist dagegen das Meinungsbild bei der Frage der von der CDU vorgeschlagenen **Mehrwertsteuererhöhung** wegen der Verwendung des Zusatzaufkommens zur Senkung der Lohnnebenkosten. Nur unter der Bedingung der vollständigen Verwendung hierfür würden die UnternehmerInnen offenbar eine Erhöhung der Mehrwertsteuer akzeptieren, ansonsten sehen sie diese eher als Konsum- und damit als Konjunkturbremse.

Ein überraschendes Ergebnis der Befragung ist, dass die Themen **Gesundheits-, Renten- und Tarifpolitik** derzeit für die UnternehmerInnen eine untergeordnete Rolle spielen. Möglicherweise spiegelt dies einen hohen Grad an Zermürbung durch die Vielzahl der sich widersprechenden Thesen in der Öffentlichkeit wider.

UnternehmensGrün wird wie auch in der Vergangenheit diese Forderungen aufgreifen und eine **vorausschauende Energie- und Steuerpolitik** zum Schwerpunkt seiner Lobbyarbeit im parlamentarischen Raum machen.

Mit freundlichen Grüßen

Jan-Karsten Meier, Bundesvorstand UnternehmensGrün e.V.